

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8 / 43. Jg.

21 Febr. 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Pos. anstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-Schluß: Montags-Fernruf: B 2, Lützow 5582.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsgesellschaft Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Steuernot.

Der Finanzreform sind die Mittel weggeschwommen. Als die Annahme des Youngplanes einigermaßen gesichert erschien, glaubte man, daß die 700 Millionen Ersparnisse gegenüber dem Dawesplan für Steuersenkungen zur Verfügung stünden. Eine Reihe mehr oder minder phantastischer Pläne für Steuerabbau und Steuerumbau konnten entstehen. Eine großzügige Finanzreform sollte die Wirtschaft ankurbeln.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind diesen Plänen von vornherein mit der größten Vorsicht und Zurückhaltung begegnet. Trotzdem hat der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding einen reichlich optimistischen Vorschlag gebracht. Hilferdings Etat stand von Anfang an auf schwachen Füßen. In Erwartung der Youngersparnisse und einer allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage waren die Ausgaben zu niedrig und die Einnahmen zu hoch angesetzt worden. Die Wirtschaftskrise, die durch Schacht auf die Spitze getrieben wurde, hat einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Hilferdings Nachfolger, der volksparteiliche Finanzminister Moldenhauer, rechnet für den Etat 1930 nicht mehr mit Überschüssen, sondern mit einem Fehlbetrag von 700 Millionen, der natürlich gedeckt werden muß. Statt Steuersenkung kommt Steuererhöhung.

Der Fehlbetrag von 700 Millionen hat im wesentlichen folgende Ursachen: 450 Millionen sind nach dem von Schacht der Reichsregierung aufgedrungenen Schuldentilgungsgesetz zur Tilgung der kurzfristigen Schulden erforderlich. Auch etwaige Überschüsse müssen zur Tilgung dieser kurzfristigen Schulden verwendet werden. Aus dem Jahr 1928 ist noch ein Fehlbetrag von 145 Millionen Mark zu decken und an die Arbeitslosenversicherung noch 250 Millionen Zuschuß zu zahlen.

Moldenhauer hat bei einer Parteiführerbesprechung bereits einen Deckungsvorschlag gemacht. 80 Millionen sollen beim Arbeitsministerium, beim Wehr- und Verkehrsetat eingespart werden. Der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 250 Millionen sollte auf die Sozialversicherung umgelegt und der Rest von 370 Millionen durch Erhöhung von Steuern gedeckt werden.

Die Arbeiterschaft ist sich darüber klar, daß der Fehlbetrag des Reichshaushaltes gedeckt werden muß, wenn nicht das Reich in eine unerträglich Abhängigkeit von den Banken kommen will. Der Deckungsvorschlag Moldenhauers stieß aber auf ihren schärfsten Widerspruch. In der Zeit der schlimmsten Wirtschaftskrise kann nicht am Etat des Arbeitsministeriums gespart werden. Das Schwerkrieg der Einsparungen muß unbedingt auf den Wehretat gelegt werden.

Noch bedenkllicher ist die Überwälzung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung auf die Sozialversicherung. Moldenhauer stellt sich diese „Gefahrengemeinschaft“, wie er es nennt, etwa folgendermaßen vor: Die Invalidenversicherung wirft zurzeit Überschüsse ab, aus denen eine Reserve für den später stark wachsenden Bedarf gebildet wird. Die Arbeitslosenversicherung kann diese Überschüsse gegenwärtig sehr gut brauchen. Sie kann sie in den kommenden Jahren zurückzahlen, denn sie wird durch die Auswirkungen des Geburtenausfalles während des Krieges entlastet.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben auch sofort gegen diesen Plan Stellung genommen. Sie sagen unter anderem in ihrer Entschliebung: „Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich“ innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Übertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein.

Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.

Infolge des einheitlichen Protestes ist dieser Plan sehr schnell wieder verschwunden. Wie bekannt wurde, haben die Steuersachverständigen der Mehrheitsparteien im Reichstage, die sogenannte Gefahrengemeinschaft zwischen den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung“ abgelehnt. Dafür geht aber ein anderer Plan um. Zur „Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung sollen den Versicherungsträgern für 250 Millionen Mark Reichsbahnaktien angeboten werden. Die Reichsbahnaktien sind sicher ein gutes, sich verzinsendes Papier. Aber wo bleibt dann der soziale Wohnungsbau, der zweifellos durch die Versicherungsträger einen starken Auftrieb bisher erhielt? Es muß schon noch eine bessere Lösung gefunden werden!

Es ist wahrscheinlich, daß der Geburtenausfall eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes nach sich ziehen wird, ob in ausreichendem Maß, steht noch lange nicht fest. Fest steht aber, daß die Invalidenversicherung selbst finanziell schwach ist. Sie bildet zwar gegenwärtig eine Reserve aus Überschüssen, muß aber infolge der Altersverschiebung innerhalb der Bevölkerung damit rechnen, daß diese Reserve nicht ausreichen wird und daß weitere Beitragserhöhungen notwendig sein werden. Selbst wenn das Reich die Bürgschaft für den Kredit der Invalidenversicherung an die Arbeitslosenversicherung übernimmt, steht noch lange nicht fest, daß eine Schwächung und Aushöhlung der gesamten Sozialversicherung vermieden wird. Selbst ohne diese Bedenken wäre dieser Kredit zu verwerfen. Die freien Mittel der Invalidenversicherung werden in erster Linie für den Wohnungsbau verwendet. Es wäre aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen falsch, dem Wohnungsbau diese billigen Gelder zu entziehen.

Moldenhauer sieht, wie bereits erwähnt, noch eine Steuererhöhung von 370 Millionen Mark vor. Davon sollen 180 Millionen durch Erhöhung der Biersteuer erzielt werden und der Rest durch Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/10 Proz. Für den Fall, daß die Steigerung der Umsatzsteuer nicht angenommen wird, schlägt Moldenhauer selbst eine Verdopplung der Biersteuer vor.

Moldenhauers Voranschlag ist vielleicht ebenso hilflos pessimistisch wie der Voranschlag Hilferdings übertrieben optimistisch war. Moldenhauer rechnet z. B. mit einem weiteren Rückgang der Steuereinnahmen um 230 Millionen infolge einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Er mag bereits über das Ziel des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben hinausschießen, wenn er auf die Deckung der 700 Millionen besteht, und Überschüsse erreichen, die zur Tilgung der schwebenden Schuld verwendet werden müssen. Jedenfalls wäre diese Entwicklung besser, als wenn wieder ein verschleiertes Defizit herumgeschleppt wird, das zu neuen Finanzkrisen führen muß. Um die Art der Deckung werden heftige Kämpfe entstehen. Es wäre zweifellos besser, die erforderlichen Mittel durch Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuern herauszuholen, als die Sozialversicherung zu gefährden oder als Abstriche am Sozialetat zu machen. Ist der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht, dann kann wieder das Schwerkrieg auf die Wirtschaftspolitik gelegt werden.

Zweck und Ziel der Arbeiterbewegung.

Jeder Erwachsene soll als gleichberechtigter Bürger zur Bildung des Staatswillens berufen sein, der darauf gerichtet sein soll, die Wirtschaftsordnung mit den Ansprüchen aller einzelnen auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit in Einklang zu bringen. Freiheit der Persönlichkeit im Sinne des Sozialismus heißt nicht nur Freiheit von politischer Unterdrückung, sondern auch vom Zwange materieller Not, im letzten Grunde auch Freiheit von barbarischen Vorstellungen und Bedürfnissen. Dieses Glück der Freiheit ist das Ziel von Millionen geworden, es ist darum nicht denkbar, daß es je wieder verloren gehen und aufgegeben werden könnte. Die sozialistische Massenbewegung wird fortschreiten und alle Hindernisse überwinden, die sich ihr in den Weg stellen: Monarchie, Privilegienwirtschaft, Militarismus und die kapitalistischen Formen des Eigentums.

Man kann drei Phasen der sozialistischen Politik unterscheiden, die zeitlich ineinander verlaufen, aber begrifflich scharf auseinandergehalten werden können: Erstens den Kampf um die Demokratie im Staate, zweitens die Aufklärung der Massen innerhalb der Demokratie im Sinne des Sozialismus, drittens die Verwirklichung der sozialistischen Idee in der Gesellschaft.

Der Kampf um die Demokratie ist ein Kampf um die physische Macht, dessen Entscheidung von der Verteilung der physischen Machtmittel abhängig ist und unter Umständen zu einem gewalttätigen Zusammenstoß führt. Wo die Demokratie unangefochten herrscht, stößt die Aufklärung der Massen und die Lenkung des Staatswillens in sozialistische Richtung auf keine gewalttätigen Hindernisse mehr, das schwierige und arbeitsreiche Erziehungswerk des Sozialismus kann hier ungestört im friedlichen „Kampf mit geistigen Waffen“ vollendet werden. In einer Demokratie, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit von festgestifter sozialistischer Überzeugung erfüllt ist, bleibt schließlich die Verwirklichung des Sozialismus in der menschlichen Gesellschaft als letzte und größte Aufgabe der sozialistischen Politik übrig, jetzt handelt es sich um die Bewältigung eines gigantischen Problems der wirtschaftspolitischen Technik.

Die Möglichkeit einer demokratischen Staatsverfassung lehrt die Erfahrung, und ebensowenig wie an ihr ist an der Möglichkeit zu zweifeln, daß die überwiegende Masse der Bevölkerung durch ihr Votum den Staatswillen in sozialistische Richtung drängt. Auf Elemente nicht bloß der Spekulation, sondern auch der Erfahrung, gründet sich schließlich die Überzeugung von der Lösbarkeit des sozialistischen Endproblems.

Im Kampfe gegen den Kapitalismus erscheint der Sozialismus als dessen vollendetes Gegenteil. Geschichtlich betrachtet, tritt neben der Gegensätzlichkeit des bestehenden und des in Bildung begriffenen künftigen Wirtschaftssystems eine gewisse Gemeinsamkeit der Wesenszüge hervor. Kapitalismus ist Technik und Organisation, Sozialismus ist Technik und bessere Organisation. Darum verteidigt die sozialistische Politik den Kapitalismus, wo rückläufige Tendenzen seinen Entwicklungsstand herabzuschrauben versuchen, sie greift ihn aber an, wo er, selber konservativ, der Entwicklung der Gesellschaft zu höheren Organisationsformen hindern im Wege steht.

Die Möglichkeit höherer Organisationsformen, die die Bildung arbeitslosen Einkommens auf der einen Seite, die Entstehung von Ausbeutungs- und wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen auf der anderen Seite ausschließen, zugleich aber auch den Gesamtertrag der Produktion erhöhen, kann heute gar nicht mehr ernstlich bestritten werden. Die Frage der Möglichkeit des Sozialismus findet ihre Antwort aus der Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, in der alle Elemente einer sozialistischen Wirtschaftsordnung im Keime vorgebildet sind. Die Vermehrung der Produktionskräfte, die Regelung der Produktion entsprechend dem statistisch festgestellten Bedarf, die Übernahme von Wirtschaftsbetrieben in Staats- oder Gemeinderegale, die Leistungsfähigkeit der mensch-

lichen Arbeit ohne kapitalistischen Profitantrieb, das alles sind Dinge, die im Zeitalter der fortschreitenden Technik, der Trusts, der Verstaatlichungen und Verstaatlichungen großen Stils kein Sehender mehr für unmöglich erklären kann.

Der Glaube an die Unmöglichkeit des Sozialismus hatte seine Zeit gehabt zugleich mit dem Kleinkapitalismus, der die Gesellschaft in ein paar Tausend auf Tod und Leben miteinander konkurrierenden Erwerbsgruppen auflöste, er läßt sich aber nicht mehr aufrecht erhalten, seit die Konzentration des Kapitalismus selbst Wunder der Organisation geschaffen hat, die fast märchenhaft scheinen. Vom Standpunkt organisatorischer Technik betrachtet, bedeutet der Betrieb eines Trusts oder einer modernen Großbank einen bis dahin unerreichten Höhepunkt der Kultur, aber gewiß nicht ihren Endpunkt.

Gegenüber der wildwüchsigen Elementargehalt der kapitalistischen Organisationen tritt nun der Sozialismus auf den Plan als eine Kraft, die im Namen und Interesse der großen Masse ordnet, lenkt und bündigt. Die künftigen sozialistischen Gesetzgeber und Verwaltungsmänner sind gleichsam die Ingenieure und Techniker der menschlichen Gesellschaft, und die Zuversicht in die Kraft des menschlichen Geistes, der schon so viele gewaltige Schwierigkeiten überwunden hat, sagt uns, daß ihre Arbeit nicht vergeblich sein wird. Sozialismus ist ein Bekenntnis zum sozialen Optimismus.

Mit der erkannten Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation ist aber zugleich auch schon ihre Notwendigkeit gegeben, denn es ist undenkbar, daß die Massen des Volkes, die die Möglichkeit einer Besserung erkannt haben, auf ihre Verwirklichung verzichten könnten. Die Spannung zwischen den als möglich erkannten besseren Zuständen und den wirklich vorhandenen schlechteren, wird, je größer sie ist, desto stärkere Willensströme auslösen. Die sozialistische Arbeiterbewegung, die in allen kapitalistisch entwickelten Ländern der Erde um sich greift, ist keine bloß instinktive Revolte gegen einen als unerträglich empfundenen Druck des Elends, sondern ein auf Vernunftprinzipien und Erfahrung gegründetes kulturelles Höherstreben der breiten Massen. Eine Aussöhnung dieser Massen mit dem Kapitalismus ist nicht möglich, weil ihnen der Kapitalismus im besten Falle Brot, aber nicht Unabhängigkeit schaffen kann. So wird der Klassenkampf zu einem Kampfe der menschlichen Persönlichkeit gegen die Despotie der Eigentümer. Sehr richtig ist von den Gegnern der Arbeiterbewegung erkannt worden, daß Zugeständnisse materieller Natur nicht in stande sind, Zufriedenheit zu erzeugen, denn was die Massen erstreben — Sicherheit der Existenz, persönliche Freiheit, Teilnahme an jeglichem Kulturfortschritt — kann durch solche Zugeständnisse nicht erreicht werden.

Man darf heute über die Naivität jener Gegner des Sozialismus lächeln, die da meinen, durch Anfechtung eines einzelnen Lehrsatzes eines bestimmten sozialistischen Systems der ganzen Bewegung Einhalt gebieten zu können, man kann aber nicht verkennen, daß diese unwissenschaftliche Einschätzung der politischen Wissenschaft auch von Sozialisten häufig geteilt wird. Die Durchdringung des politisch wirkenden Massenbewußtseins mit den Ergebnissen der Wissenschaft ist ein ungeheurer, allmählich vor sich gehender und sich immer erneuernder Prozeß, wobei das Komplizierteste auf die einfachsten Formen gebracht und in diesen erst wirksam wird. Der ursprüngliche Zusammenhang zwischen politischer Theorie und praktischer Politik ist also viel verwickelter und weitläufiger, als mancher politische Theoretiker annimmt, der da meint, daß mit einer bestimmten These so ziemlich die ganze Welt „steht und fällt“. Darum ist auch mancher theoretische Meinungsstreit, der von den Beteiligten mit großer Leidenschaft geführt wurde, für die wirkliche Entwicklung der sozialistischen Bewegung nicht viel mehr gewesen als ein Hauch auf den Spiegel. Zu den vorübergehenden Erscheinungen solcher Art gehört ein großer Teil der sogenannten Marxkritik, die von staatserhaltender Gelehrsamkeit verübt wurde, aber auch ein großer Teil der geistigen Kämpfe, die innerhalb der Reihen des Sozialismus selbst unter wechselnden Schlagworten wie Possibilismus, Revisionismus, Opportunismus, Orthodoxie, Revisionismus, Reformismus und Radikalismus geführt worden sind.

Es ist nicht einfach, vor zwei politische Begriffsgeheuer gestellt zu sein, die jeder Kunst der Definition spotten. Tatsächlich ist aber sowohl der sogenannte „Radikalismus“, als auch der sogenannte „Revisionismus“ weiter nichts als eine Summe schlechter Eigenschaften und unbegrifflicher Denkfehler, die jeder der sogenannten beiden „Richtungen“ von der anderen vorgeworfen werden, zu denen sich aber keine von ihnen bekennt. „Radikaler“ und „Revisionist“ sind keine politischen Kennwörter, sondern bloße Spitznamen, von denen zu wünschen ist, daß sie im Interesse grundsätzlicher Klarheit so rasch als möglich aus der politischen Diskussion verschwinden mögen.

Es mag sein, daß die Zuversicht in den „naturnotwendigen“ Sieg des Sozialismus gelegentlich zu einem gewissen Fatalismus ausartet, der die Tatkraft lähmt und nicht nur eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber praktischen Gegenwärtserfolgen erzeugt, sondern die Erringung solcher Erfolge durch Einwürfe „prinzipieller“ Natur überflüssig erschwert. Auf der anderen Seite mag die Neigung zu kritischer Bedenklichkeit mitunter ein Übermaß der Vorsicht erzeugen und im Streben nach augenblicklichen kleineren Erfolgen die sichtbare gerade Linie zu letzten Zielen verwischen und von ihr abweichen.

Aber auf solche Verschiedenheiten lassen sich weder verschiedene Theorien aufbauen, noch verschiedene Systeme der praktischen Politik begründen, und alle Versuche einer „reinen Scheidung“ müßten mit einem verwirrenden Mißerfolg enden.

Wir wissen, daß sich die Emanzipation des Proletariats nicht in einem einzigen plötzlich ausbrechenden Entscheidungskampf vollzieht, sondern in einer Kette von Entscheidungen, Kämpfen, Umwälzungen oder Umstürzen. Wo immer sich ihr Angriffsflächen und Entwicklungsmöglichkeiten bieten, entfesselt sie rastlose Aktivität. Von allen Seiten, mit den verschiedensten Mitteln, arbeitet sie an der Bewältigung ihres Endproblems. Tausend voneinander unabhängige oder sogar einander bekämpfende Kräfte dienen ihr bewußt oder unbewußt und vereinen sich, so verschieden sie in ihren Ursachen sein mögen, durch ihre Wirkung zum Strom der sozialistischen Gesamtbewegung.

Gewinnen wir das richtige Verhältnis zwischen den Meinungsverschiedenheiten der Stunde und der großen Aufgabe unseres Lebens, werden wir uns klar über unser eigenes Wesen, die Größe und die zeitlichen Grenzen unserer Macht, dann werden wir auf dem Weg zum Siege keine Kraft nutzlos vergeuden und frühe Früchte pflücken dürfen, ohne die Ernte zu gefährden.

Der Stahltrust unter neuer Herrschaft.

Im Stahltrust stehen bedeutungsvolle Umgruppierungen bevor. Der Beherrscher der Charlottenhütte, zugleich Herr zahlreicher Eisen- und Stahlwerke in Mitteldeutschland und Schlesien, der Generaldirektor Flick, steht im Mittelpunkt dieser Nachrichten. Schon seit längerem bröckelte es um die Herrschaft der ursprünglichen Gründer des Stahltrusts, der Thyssen, Vögler, Poegens usw., und neue Namen tauchten auf, vor allem die von Otto Wolff, dem Allmächtigen im Eisenhandel und des Generaldirektors Flick. Durch die Charlottenhütte war allerdings Flick nur mit wenigen Prozent am Stahltrust beteiligt, doch gelang es ihm, durch Aktienkauf die Mehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. an sich zu bringen, in deren Besitz 41,2 Proz. des 800 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Vereinigten Stahlwerke sich befinden. Auch am Phoenix-Konzern hatte Flick Anteil genommen, von dem Otto Wolff ebenfalls ein namhaftes Aktienpaket besitzt. Der Handel, den nun Flick und Otto Wolff miteinander abgeschlossen haben, sieht die Übertragung des Wolfsschen Phoenix-Paketes auf Flick vor, während Otto Wolff als Gegenwert Stahltrustaktien aus dem Besitz der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. erhalten wird. Trotz der Abgabe von Stahltrust-Aktien durch Gelsenkirchen an Wolff, reichen die verbleibenden Aktien von Gelsenkirchen-Charlottenhütte zuzüglich der Stahltrustaktien, die im Besitz von Phoenix sind, aus, um Flick die Mehrheit im Stahltrust zu sichern. Diese bedeutungsvolle Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in einer Hand ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, als die letzten Wochen durch den Verkauf einer Reihe von bisher selbstständigen Unternehmungen, der Stahlwerke Becker-AG., der Rheinisch-westfälischen Stahl- und Walzwerke-AG., der Sächsischen Gußstahlwerke, des Gußstahlwerkes Witten usw., durch die großen Konzerne, die Konzentrationstendenzen zum Kohle und Eisen, diesen wichtigsten Urprodukten Deutschlands, bestärkt hatten.

Unter diesen Umständen verdient auch der Abschluß des Stahltrusts, der jetzt vorliegt, unsere besondere Aufmerksamkeit. Man kann wohl feststellen, daß in den letzten drei Jahren für die betriebliche Rationalisierung, für „Betriebsumstellungen und Verbesserungen“, insgesamt die ungeheure Summe von 300 Millionen Mark ausgegeben wurde. Dieser gewaltige Betrag ist fast ausschließlich auf dem Wege der Selbstfinanzierung aufgebracht worden, denn die fremden Mittel haben sich laut Bilanzaufstellung in dieser Zeit nur um etwa 14 Millionen vermehrt, während die Anlagen bedeutend abgeschrieben werden konnten, und zugleich das Disagio der Amerikanleihe in Höhe von 34 Millionen Mark getilgt wurde. — Das gibt einen aufschlußreichen Einblick in die Gewinne, die bei den bestehenden Kartellpreisen eingehemst werden konnten. Diese Gewinne dürften in Zukunft sich noch erhöhen, da die kostspieligen Erweiterungen der Anlagen im Dienste des Quotenkampfes nunmehr wegfallen.

Die deutsche Industrie flieht nach dem Auslande.

Seitdem die Menschheit besteht, hat es Wanderungsbewegungen gegeben. Die einzelnen Völker wurden dadurch immer mehr miteinander vermischt. Namentlich die wandernde Arbeitskraft hat seit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsperiode eine große Rolle gespielt. Heute ist die Arbeitskraft national gebunden. Überall bestehen scharfe Bestimmungen, die den Arbeiter an sein Land binden und es ihm schwer machen, in anderen Ländern Arbeit zu finden. Ebenfalls stark gehindert ist der Verkehr von Waren. Überall bestehen hohe Schutzmauern, die ein Überfließen der Waren von einem Land zum anderen erschweren. In keiner Weise gebunden ist das Kapital. Es fließt dorthin, wo die höchsten Zinssätze locken. Seit einiger Zeit kann man beobachten, daß auch die Industrie wandert.

Amerikanische Unternehmungen siedeln Teilbetriebe in Europa an, um hier an den billigen Löhnen Europas zu profitieren. In der deutschen Industrie häufen sich auch die Bestrebungen, dem lieben Vaterland Valet zu sagen und die Fabriken woanders zu errichten. In der „Wirtschafts- und Export-Zeitung“ Nr. 3 lesen wir hierüber u. a.: „Seit einiger Zeit tauchen immer zahlreicher Nachrichten auf, die von einer ganzen oder teilweise Verlegung großer Unternehmungen ins Ausland sprechen, Nachrichten, die immer wieder demontiert wurden, zuletzt aber doch ihre Bestätigung fanden. In der Hauptsache stammen diese Nachrichten aus Mitteldeutschland, weniger aus Westdeutschland. Von einer großen Maschinenfabrik wird berichtet, daß sie ihren Betrieb vollständig auflösen und in Osteuropa ansiedeln wolle. Eine andere hat sich Belgien als Ziel ausersuchen, eine dritte will am bisherigen Ort nur eine einzige Präzisionsabteilung bestehen lassen.“

Ausgerechnet in den russischen Randstaaten will die deutsche Industrie ihr Domizil aufschlagen. Gewiß ziehen diese Staaten durch außerordentliches Entgegenkommen ausländische Industrieunternehmungen bewußt heran. Das tun aber auch die deutschen Städte wie das Beispiel Köln bei der Ford-Niederlassung gezeigt hat. Was die deutschen Unternehmer an den östlichen Randstaaten als ganz besonders schätzenswert finden, sind die niedrigen Löhne und die billigen Lebensmittelpreise. Dabei zählen die deutschen Löhne sicher nicht zu den höchsten in Europa. England, Schweden und Holland haben höhere Löhne als Deutschland. Wenn aber eine Massenflucht von Industrierwerken einsetzen sollte, dann wäre dies ein Beweis dafür, wie hoch der Patriotismus der deutschen Unternehmer zu veranschlagen ist.

Die neuen Agrarzölle in Kraft — Die „Grüne Front“ fordert weiter

Der neue Handelsvertrag mit Schweden ist ratifiziert worden. Damit treten die im Dezember 1929 vom deutschen Reichstag beschlossenen erhöhten Agrarzölle in Kraft. Die neuen Zölle konnten noch nicht wirksam werden, weil sie gegenüber den meistbegünstigten Ländern an deutsch-schwedischen Handelsvertrag gebunden waren. Bezüglich der Getreidezölle treten die beschlossenen Gleitzölle in Kraft. Das bedeutet im Augenblick eine Erhöhung der Zölle um 2 auf 9 Mk. und 9,50 Mk. Für Hafer und Braugerste gelten starre Zölle. Diese in der Höhe von 8 und 9 Mk. je Doppelzentner. Für Vieh und Fleisch finden ebenfalls Zollerhöhungen statt. Für Rindvieh z. B. beträgt der Zoll 24,5 gegen bisher 16 Mk. Die Schafzölle wurden auf 22,5 Mk. erhöht. Für Schweine tritt ein Gleit Zoll von 9 bis 27 Mk. in Kraft. Für die Gegenwart bedeutet dieser Gleit Zoll eine Erhöhung der Zollgrenze von 16 auf 18 Mk. Gleichzeitig tritt eine Erhöhung der Mehlzölle z. B. für Weizenmehl von 14,50 auf 18,50 Mk. in Kraft. Der Malzzoll wird von 12 auf 18 Mk. erhöht. Es ist im Augenblick nicht übersichtlich, welche Preisveränderungen diese Zollerhöhung mit sich bringen wird. Von der Regierungsseite wird versichert, daß sich an den gegenwärtigen Preisverhältnissen nicht viel ändern würde. Der vollen Auswirkung der Zollerhöhungen wirken die niedrigen Einfuhrschemer entgegen. Wie aber auch die Verhältnisse jetzt sein mögen, jedenfalls wird in der Zukunft mit einem erhöhten Preisniveau für Lebensmittel zu rechnen sein. Es wirkt beinahe wie eine Ironie, daß zu der gleichen Zeit, wo diese Zollerhöhungen in Kraft treten, die Führer der sogenannten „Grünen Front“ der Regierung neue Forderungen unterbreiten. Man fordert die Erhöhung der Einfuhrschemerwerte, die Drosselung der Maiseinfuhr, die Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland usw. Letzteres deshalb, um die vorgesehene Erhöhung des Butterzölles noch schneller durchführen zu können. Ginge es nach den Herren, die die „Grüne Front“ kommandieren, dann würde Deutschland die höchsten Lebensmittelpreise der Welt haben. Dabei sind die Preise in Deutschland schon wesentlich höher als in anderen Ländern. Wie dem aber auch sei, die Agrarfrage gehört zu den ernstesten Wirtschaftsproblemen der kommenden Zeit.

RECHT UND GESETZ

Der Erholungsurlaub nach der neuesten Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts.

(Nachdruck verboten.)

Während in Österreich der Arbeitnehmer schon seit geraumer Zeit auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ein Recht auf Urlaub hat, besteht nach deutschem Recht ein gesetzlicher Anspruch des Arbeitnehmers auf Urlaub nicht, insbesondere fehlt nach jedes gesetzliche Recht auf Erholungsurlaub. Nur zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte, insbesondere zur Ausübung des Wahlrechts und öffentlicher Ehrenämter muß der erforderliche Urlaub gewährt werden. Vorgesehen ist jedoch ein Anspruch auf Urlaub im Entwurf des allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes, und im Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft. Danach soll der Arbeitnehmer nach Beschäftigung von 9 Monaten bei demselben Arbeitgeber Urlaub erhalten, der in den beiden ersten Jahren eine Woche, später zwei Wochen betragen soll.

Heute besteht das Recht auf Erholungsurlaub im wesentlichen auf Tarifverträgen. Die meisten Tarifverträge enthalten Bestimmungen über den Erholungsurlaub. Jedoch sind die Tarifbestimmungen über den Urlaub meist sehr unzulänglich und häufig unklar gefaßt. Daher hat die praktische Durchführung der Urlaubsansprüche eine sehr große Zahl von Streitfragen hervorgerufen, die bei den widersprechenden Entscheidungen der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte zu großer Rechtsunsicherheit geführt haben. Nun hat die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts in einer Reihe von Fragen eine Klärung bisher bestrittener Fragen herbeigeführt, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß, wenn eine Frage im Tarifvertrag klar geregelt ist, diese Tarifbestimmung maßgebend ist. Immerhin ergeben sich aus der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts gewisse allgemeine Rechtsgedanken und Auslegungsgrundsätze, die auch bei anderen Streitfällen Beachtung verdienen.

Eine der praktisch wichtigsten Streitfragen ist, ob eine pekuniäre Abgeltung des Urlaubs zu erfolgen hat, wenn er infolge Beendigung des Dienstverhältnisses oder aus anderen Gründen nicht gewährt werden kann. Das Reichsarbeitsgericht führt zu dieser Frage aus: Zweck und Begriff des Urlaubs gehen dahin, dem Arbeitgeber nach einer längeren, ununterbrochenen Tätigkeit eine Freizeit zu gewähren, die er zu seiner Erholung benutzen soll, um neu gekräftigt wieder zurückkehren zu können. Dieser regelmäßige Zweck steht natürlich im Vordergrund, und es ist selbstverständlich, daß ihn auch der Tarifvertrag in die erste Linie rückt, den er mit dem Verbote anderer Lohnarbeit während der Urlaubszeit und eines Verzichts auf die Freizeit zu erreichen und zu sichern sucht. Die Aussicht auf doppelten Lohn soll eben keinen Arbeitnehmer verlassen, auf die ihm notwendige Erholung zu verzichten. Aber dies alles gilt für den Regelfall. Daraus folgt aber nicht, daß nun auch in allen anderen von der Regel abweichenden Fällen, da die Gewährung von Freizeit wegen Beendigung des Dienstverhältnisses oder aus sonstigen, weder vom Arbeitnehmer, noch vom Arbeitgeber zu vertretenden Gründen ausfällt, auch der Anspruch auf die Entschädigung für die Urlaubszeit in Fortfall kommt. Dies kann nur dann angenommen werden, wenn der Tarifvertrag es ausdrücklich ausspricht (RAG. 23. März 1929, Aktenzeichen 482/1928).

Ähnlich ist die Rechtslage, wenn die Unmöglichkeit der Gewährung des Urlaubs die Erkrankung des Arbeitnehmers bildet. Das Reichsarbeitsgericht steht hier auf dem Standpunkt, daß, wenn der erworbene Urlaubsanspruch wegen Krankheit des Arbeitnehmers vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Natur nicht mehr erfüllt werden kann, der Arbeitnehmer mangels entgegenstehender tariflicher Bestimmungen Anspruch auf Urlaubsvergütung hat (RAG. 2. März 1929, 437/28). Sieht der Tarifvertrag vor, daß eine Anrechnung von Krankentagen auf Urlaub nicht erfolgen darf, so erschöpft sich die Bedeutung dieser Bestimmung nicht darin, daß der Arbeitgeber Krankentage auf den zu gewährenden Urlaub nicht hinterher anrechnen darf. Vielmehr verbietet diese Vorschrift jede Anrechnung, sie gilt also auch in dem Fall, daß der Arbeitnehmer vor Beginn des Urlaubs erkrankt und daher nicht imstande ist, den Urlaub in Natur zu benutzen (RAG. 1. Juni 1929, 630/28).

Die Auffassung, der Zweck des Urlaubs sei, auf das gesamte Arbeitsverhältnis zugunsten beider Teile fördernd einzuwirken, paßt nur für den Regelfall der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. Sie versagt sofort, wenn das Arbeitsverhältnis aus irgendeinem Grunde gekündigt wird. Vielmehr stellt die Gewährung des Urlaubs und die Weiterzahlung des Lohnes für die Urlaubstage die

vertragliche Gegenleistung für die in der Vergangenheit geleisteten Dienste dar. Sie ist keine Schenkung und keine Belohnung für Wohlverhalten und fleißige Arbeitsleistung (RAG. 13. März 1929, 476/28).

Das Reichsarbeitsgericht läßt aber die Bezahlung des Urlaubs nicht nur bei unverschuldeter Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Urlaubserteilung und bei Erkrankung zu, sondern auch dann, wenn der Arbeitnehmer vor Urlaubserteilung berechtigterweise fristlos entlassen wurde. Das Reichsarbeitsgericht begründet seinen Standpunkt folgendermaßen: Es fehlt an jeglichem Rechtsgrund, um den Anspruch des Arbeitnehmers auf bares Entgelt als „verwirkt“ und die geforderte Zahlung als für den Arbeitgeber nicht zumutbar anzusehen. Die Erteilung des Urlaubs und die Weiterzahlung des Lohnes während der Feiertage ist keine Belohnung für fleißige Arbeitsleistung, die im Falle nachträglicher Vertragsverletzung wieder entzogen werden könnte, sondern sie ist ein im Tarifvertrag begründeter Anspruch des Arbeitnehmers, sie stellt die vertragliche Gegenleistung für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit dar. Für die Annahme einer Verwirkung dieses Anspruchs, die einen strafähnlichen Charakter haben würde, ist bei der vertragsmäßi-

Häufig hängt nach dem Tarifvertrag die Bemessung des Urlaubs von einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer im selben Betrieb ab. Hier entstehen Zweifel, falls der Betriebsinhaber wechselt. Nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 8. Februar 1928 (46/1927), gelten die bisherigen Arbeitsbedingungen, also auch die Urlaubsanwartschaften weiter, wenn beim Wechsel des Betriebsinhabers der Wille der Vertragsparteien das bisherige Arbeitsverhältnis neu und mit wechselnden Arbeitsbedingungen zu regeln, nicht deutlich zum Ausdruck komme. Das Reichsarbeitsgericht geht aber noch weiter, indem es in der erwähnten Entscheidung ganz allgemein den Grundsatz aufstellt, daß eine, die Kontinuität des Betriebs aufrechterhaltende Rechtsnachfolge stets vorliege, wenn der Betrieb ohne wesentliche Änderung des Geschäftszwecks weitergeführt und die Arbeitnehmer des Vorgängers weiter verwendet werden, sei es auf Grund des Eintritts in die alten Dienstverhältnisse oder auf Grund neuer Arbeitsverträge.

Ist im Tarifvertrag vorgesehen, daß die Urlaubszeit eine Arbeitswoche betrage und in die Pfingstwoche gelegt werden soll, so hat das zwar die Wirkung, daß, ohne Rücksicht darauf, daß der Pfingstmontag ein Feiertag ist, Zahlung für 6 Arbeitstage zu je 8 Stunden erfolgt, nicht aber die, daß die Urlaubszeit als erst mit dem Pfingstdienstag beginnend, anzusehen ist (RAG. 8. Mai 1929, 502/28).

Die Bestimmung, daß ein Arbeiter während des Urlaubs keine andere Lohnarbeit verrichten darf, gilt nur für den Fall, daß der Urlaub in Natur gewährt wird (RAG. 12. Januar 1929, 279/28). Kr.



Bestell-Nr. 264 der Unfallverhütungsbild-G.m.b.H., Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

gen Natur dieses Anspruchs kein Raum. Die Möglichkeit eines Verlustes des Anspruchs durch Vertragsverletzungen des Arbeitnehmers in Form einer Vertragsstrafe müßte ausdrücklich vereinbart werden (RAG. 13. März 1929, 476/28).

Auch freiwilliges Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis berührt den entstehenden Urlaubsanspruch nicht, denn dieser ist die Gegenleistung des Arbeitgebers für die vom Arbeitnehmer geleisteten Dienste. Ist die Urlaubserteilung in Natur unmöglich, so ist die Urlaubsvergütung zu gewähren (RAG. 13. März 1929, 525/29).

Entsteht ein Urlaubsanspruch erst nach Ablauf eines Dienstjahres, so ist in der Regel anzunehmen, daß er für das verfllossene Dienstjahr gelten soll. Es ist aber stets zu prüfen, ob nicht das erste Jahr als Sperrjahr angesehen werden muß (RAG., 12. Januar 1929, 463/28). Als Urlaubsperiode ist häufig das Dienstjahr bestimmt, z. B. bei einem am 1. April eingetretenen Arbeitnehmer die Zeit vom 1. April des Eintrittsjahres bis 31. März des nächstfolgenden Jahres. Statt des Dienstjahres kann auch das Kalenderjahr bestimmt sein. Ob die Urlaubsperiode mit dem Dienstjahr oder mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, ist nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 7. März 1928 mangels ausdrücklicher Bestimmung aus dem Gesamthalt der Regelung unter Berücksichtigung des Zwecks der Urlaubsgewährung und des beiderseitigen Parteiwillens festzustellen. Dabei spricht die Festsetzung eines allgemein gültigen Stichtages für alle Arbeitnehmer regelmäßig für die Annahme, daß das Urlaubsjahr mit dem Kalenderjahr zusammengelegt ist, während diese Folgerung nicht gezogen werden kann, wenn für jeden Arbeitnehmer ein besonderer Stichtag gilt. Im übrigen wird man nach dem Zweck des Urlaubs, dazu zu dienen, die im Laufe der Dienstzeit verbrauchten Kräfte zu erholen, ohne nähere Bestimmung des Urlaubsjahres im Zweifel nicht das Kalenderjahr, sondern das Dienstjahr als Urlaubsperiode zugrunde zu legen haben.

Neue Belastung der Krankenkassen.

In den vom Reichsarbeitsministerium bearbeiteten und zunächst im Kreise der beteiligten Organisationen erörterten Vorschlägen (Referentenentwurf) für die Reform der Reichsversicherungsordnung spielt die Einführung der Krankenhaupflege als Pflichtleistung der Krankenkassen eine wichtige Rolle. Zweifellos ist die Behandlung im Krankenhaus von wachsender Bedeutung. Ursache dafür sind einmal die komplizierteren ärztlichen Methoden, die zunehmende Anwendung von Bestrahlungen, Bädern, mediko-mechanischen Behandlungsweisen u. dgl. mehr, die, zumal bei Kranken, die ans Bett gefesselt sind, vielfach nur in einer entsprechend eingerichteten Anstalt möglich sind. Zum andern sind die verschlechterten Wohnungsverhältnisse in Betracht zu ziehen, die vornehmlich bei ansteckenden Krankheiten, die Entfernung des Erkrankten aus seiner Umgebung notwendig machen.

So führten nach einer vom Hauptverband deutscher Krankenkassen durchgeführten Statistik im Jahre 1928 etwa 14 v. H. aller Arbeitsunfähigkeitsfälle zur Krankenhausaufnahme. Die Zahl der Krankenhaustage hat gegenüber dem Vorjahre bei den Mitgliedern um 10 v. H., bei den Familienangehörigen um 27 v. H. zugenommen. Da gleichzeitig auch die Verpflegungskosten in den Krankenhäusern vielfach gestiegen sind, so haben sich die Ausgaben für Krankenhaupflege um 15 v. H. erhöht. Im Durchschnitt beliefen sie sich je Pflegetag auf 6,33 RM. Diese hohe finanzielle Belastung erklärt ohne weiteres eine gewisse Zurückhaltung der Krankenkassen gegenüber dem Bestreben, die Krankenhaupflege zur Pflichtleistung zu machen. Da ohnedies kaum eine Krankenkasse sich der Notwendigkeit der Krankenhauseinweisung verschließt, wo sie durch die Art des Leidens geboten ist, handelt es sich weniger um eine Besserung der tatsächlichen Leistungen, sondern weit mehr um eine Verschiebung finanzieller Lasten zugunsten der Gemeinden, die heute, zumal wo sie Träger der Krankenhäuser sind, vielfach einen Teil der Kosten übernehmen und zuungunsten der Krankenkassen, die nunmehr die vollen Ausgaben erstatten sollen. Jede Mehrheranzahlung der Krankenversicherung aber bedeutet eine Mehrbelastung des Arbeitnehmers, der ja bekanntlich zwei Drittel aller Mittel durch seine Beiträge aufzubringen hat.

5-Tagewoche im Baugewerbe in den Vereinigten Staaten.

Nach Einführung der 5-Tagewoche im Baugewerbe in Newyork ist eine Untersuchung vorgenommen worden. Diese hat gezeigt, daß zurzeit schon 200 000 (25 v. H. aller Bauarbeiter) Arbeiter nur 5 Tage wöchentlich insgesamt 40 Stunden arbeiten. Von diesen Arbeitern sind 150 000 in Newyork, ungefähr 18 000 in Pittsburg und 32 000 in anderen Städten beschäftigt. Hauptsächlich haben die Maurer, Stukkatoren und Maler die 5-Tagewoche. Über die Einführung der 5-Tagewoche im Baugewerbe in Chicago werden zurzeit Verhandlungen geführt.

VERBAND UND BERUF

Reklame für Reklame.

Der deutsche Reklame-Verband setzt sich schon länger für fleißige Werbung der Wirtschaft ein. Unter dem Titel: „Die deutsche Wirtschaft muß werben!“ gibt er erneut der Wirtschaft mit folgenden Worten Anregung:

Die deutsche Werbung darf das vergangene Jahr 1929 in ihren Annalen besonders kenntlich machen. Gab ihr doch der Berliner Welt-Reklame-Kongreß im vergangenen Sommer zum ersten Male Gelegenheit, von einem entscheidenden, allgemein beachteten Forum aus über ihre Aufgaben und Ziele, ihr Planen und Schaffen zur Öffentlichkeit zu sprechen. Wesen und wirtschaftlicher Sinn der Reklame als des ausschlaggebenden Antriebsmotors für die Produktion und damit für den Wohlstand der Völker sind überzeugend nachgewiesen und unterstrichen worden.

Der deutsche Reklame-Verband genügt nur seiner Pflicht, wenn er zu Beginn des neuen Jahres auf die außerordentlich enge Verflechtung von Wirtschaft und Werbung hinweist. Reklame ist die Urheberin aller jener Erscheinungen, die dem Angebot Befriedigung verschaffen. Sie ist keine Geheimwissenschaft und keine Quacksalberei. Aber ihre Macht ist unabschätzbar, wenn sie sachkundig und überzeugend angewandt wird.

Gerade bei uns zulande erscheint es notwendig, die Rolle der Reklame im Prozeß der Herstellung und des Absatzes der Güter immer wieder hervorzuheben. Es ist jetzt an der Zeit, die Lehren des Welt-Reklame-Kongresses auf die deutsche Werbung und damit auf die deutsche Wirtschaft zu übertragen.

Noch immer begegnet man der Ansicht, daß Reklame letzten Endes doch nur als notwendiges Übel anzusehen ist. Es liegt auf der Hand, daß bei solcher Einstellung jeder Werbemaßnahme wirklicher Erfolg versagt bleiben muß. Besser gar keine Werbung als eine, die der Überzeugung von ihrem praktischen Nutzen ermangelt.

Bei dem gegenwärtigen starken Konjunkturrückgang kann man häufig genug hören, daß es jetzt in erster Linie darauf ankommt, an den Ausgaben für Werbung zu sparen. Unbestreitbar muß auch der Werbeetat sich Abstriche gefallen lassen, wenn es unvermeidlich ist, die Kosten eines Betriebes energisch zu drosseln. Aber grundverkehrt und für jedes Unternehmen schädlich ist es, wenn Sparmaßnahmen bei der Reklame einsetzen, weil diese sachlich als überflüssig betrachtet wird. In Amerika, wo die Werbung am planmäßigsten entwickelt ist, wo der Werbefachmann gleichberechtigt neben dem Kaufmann und dem Ingenieur steht, hat man die Erfahrung gemacht, daß der letzte Pfennig gerade dann in die Werbung zu legen ist, wenn das Geschäft schwer oder schlecht geht. In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges ist eben die Werbung das einzige Mittel, um den Gang des Geschäftes nicht gänzlich zum Stillstand kommen zu lassen, ihn vielmehr wachzuhalten und allmählich neu zu beleben.

Allerdings verlangt auch die Werbung die gleiche sorgsame Pflege, die kaufmännischen oder technischen Fragen entgegengebracht werden muß. Reklame, die als Nebensächlichkeits- oder Stiefkind eingeschätzt wird, kann höchstens zufällige Wirkung haben. Die Eingliederung der Reklame in den Organismus muß so durchgeführt werden, daß ihre lebendigen Kräfte sich entfalten können. Jede einzelne Werbemaßnahme ist auf ihren Wirkungsgrad hin zu prüfen. Gesichtspunkte strengster Wirtschaftlichkeit müssen auch für die Werbung eines Betriebes volle Geltung haben.

Erfolge sind nur zu erreichen, wenn im entscheidenden Zeitpunkt die rechten Mittel eingesetzt werden. Eine Reklame, die nur deshalb gewählt wird, weil sie billig ist, löst keinerlei Effekt aus und muß daher vermieden werden. Auch für die Werbung gilt der Grundsatz, mit einem Mindestaufwand an Zeit, Geld und Kraft ein Maximum an Wirkung zu erzielen.

In der Tat ist geschulte und kaufmännisch einwandfreie Reklame das zuverlässigste und wirkungsvollste Mittel, den Warenabsatz zu fördern und zu steigern. Reklame allein schlägt tragfähige Brücken zwischen dem Ort der Güterherstellung und jenem des Güterverbrauchs. Sie ist deswegen heute mehr denn je berufen, Entscheidendes in der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten und bei der Heraufführung einer besseren Konjunktur zu leisten. Wer Reklame, wo sie nötig ist, nicht betreibt, schadet sich selbst und der deutschen Wirtschaft.

Reklame-Industrie und Werbefachmann dienen dem höheren Ziele, in unablässiger Fortentwicklung der Wirtschaft als Reklameverbraucherin die Wege zu weisen, welche sie dem eigenen Wohlstand und dem des deutschen Volkes entgegenführen. Mag die deutsche Wirtschaft Können und Willen der deutschen Werbung in ihren Dienst stellen! Sie wird es nicht zu bereuen haben!

Der sozialistische Wettbewerb in Rußland.

Der sogenannte sozialistische Wettbewerb, der die höchste Ausnutzung der Arbeitskraft zum Ziele hat und mit einschneidenden Änderungen der Betriebsweise zuungunsten der Arbeiterschaft verbunden ist, hat naturgemäß unter den davon Betroffenen große Unzufriedenheit ausgelöst. Während die meisten sich den Anordnungen von oben widerspruchslos fügen, um in Arbeit und Brot zu bleiben, gibt es auch Arbeiter, die offen zu opponieren wagen, ohne Rücksicht auf die Folgen, die nicht lange auf sich warten lassen. Im graphischen Gewerbe, zum Beispiel in Steindruckereien, läßt sich zwar nicht alles über den Rationalisierungskamm scheren, läßt sich auch die Zeit für eine Arbeit nicht im Voraus dekretieren, aber in den Buchdruckereien, beispielsweise im Hand- und Maschinensatz, ist es schon wesentlich leichter, die Dauer einer Leistung im Voraus festzulegen.

In einer großen Moskauer Versammlung des graphischen Personals erlaubte sich auch Kollege Makejew, den sozialistischen Wettbewerb zu kritisieren. Er bezeichnete dieses System als leere Illusion und verblühende Überspannung der Arbeitskraft. Die Folge davon werde sich in der Steigerung der Krankenziffer zeigen, so daß weder die eine noch die andere Seite Nutzen aus diesem System ziehen werde. Es schaffe nur Erbitterung und beeinträchtige die Arbeitsfreude, da einer des anderen Antreiber sei und die in der Leistung schwächeren Arbeiter in ständiger Angst vor Entlassung leben. Vor allem sei auch die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse notwendig, denn ohne diese sei man wie in einem dunklen Wald, der dem Auge jede freie Sicht versperre und darum keine Beurteilung gestatte. Man höre immer nur die eine Seite, selbst Bucharin dürfe man nicht hören, weil ihm Zügel angelegt seien.

Der kommunistischen Presse gefielen natürlich diese offenen Worte nicht. Nach der „Prawda“, dem tonangebenden Blatt der Stalin-Partei, sei Makejew ein Agent des Klassenfeindes, ein Sozialist, kurz gesagt: ein Trotzkist, zumal er sich noch die Bemerkung erlaube, in den kapitalistischen Ländern hätten es die Arbeiter besser als in Sowjetrußland, darum sei vor allem eine Systemänderung in Leitung und Verwaltung notwendig. Daß man in Rußland solchen Gedanken straflos nicht Ausdruck geben darf, wird wohl auch Kollege Makejew inzwischen erfahren haben. — Wie die Einführung des sozialistischen Wettbewerbs im graphischen Gewerbe vor sich geht, mögen zwei Beispiele aus Buchdruckereien beleuchten.

In einer Druckerei in Wjelskij Ustjug hieß es plötzlich, die tägliche Leistung im Handsatz müsse auf 16 000 Buchstaben gesteigert werden. Den Gehilfen erschien diese Norm als glatte Unmöglichkeit. Trotzdem liebten sie sich dazu herbei, an einem Wettsetzen teilzunehmen, das die Betriebsleitung angeordnet hatte, um die verlangte Norm mit dem Beweis der Unmöglichkeit zu erhärten. Sechs Tage dauerte das Wettsetzen. Sechs Setzer waren daran beteiligt. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug 15 790 Buchstaben. Das war zu wenig. Ein neues Wettsetzen wurde veranstaltet. Die Kästen wurden ausgestaubt und vollgelegt, das sonst noch nötige Material wurde bereitgestellt. Dann wurde ein sogenanntes Schnellhasenkommando zusammengesucht. Nun begann der Kampf. Am Eingang zum Arbeitsraum, in dem der Kampf ausgefochten wurde, hing das Plakat: „Unbefugten Zutritt verboten. Hier arbeitet die Arbeitsbrigade zwecks Erfüllung der seitens der Partei und der Sowjetregierung gestellten Aufgabe: Minderung der Produktionskosten — Steigerung der Arbeitsleistung“. Im Arbeitsraum selbst hörte man keinen Schritt, kein Lachen, keine Unterhaltung. Nur die Buchstaben klapperten leise im Winkelhaken. Am ersten Tage betrug die Höchstleistung 18 982 Buchstaben, am zweiten 19 130. Der „schwächste“ Setzer erzielte eine Leistung von 14 037. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde eine Selbstkostenminderung von 16,9 Proz.

und eine jährliche Ersparnis von 6000 Rubel errechnet. Nach einem Monat weiteren Wettsetzens wurde schließlich eine durchschnittliche Leistung von 15 880 Buchstaben in acht Stunden ermittelt. Auf Grund dieser Ziffer wurde durch die Betriebsleitung eine tägliche Norm von 14 800 Buchstaben festgesetzt, während sie bei der alten Arbeitsweise zwischen 9000 und 12 000 schwankte. Eine Betriebsversammlung erklärte sich mit der neuen Norm einverstanden und beschloß, alle Setzer die Arbeitsbrigade absolvieren zu lassen. Der Veranstalter des Wettsetzens, Saweljew, wurde zum Häuptling der Brigade erkoren. Der Wettbewerb hatte aber noch folgendes Ergebnis: „Saweljew, ehemals ein Freund des Alkohols, trinkt nicht mehr, er arbeitet jetzt fleißig und meint: Bei solcher Arbeit vergibt man sogar das Trinken.“ So schließt das Verbandsorgan seinen erbaulichen Bericht.

Das zweite Beispiel betrifft die Moskauer Maschinensetzer. Der Moskauer polygraphische Trust arbeitete einen neuen Leistungstarif aus und verpflichtete die Druckereileitungen zu dessen Einführung. Danach sollte die Schichtleistung um 20 000 Buchstaben gesteigert werden. Wie Kollege Majski im Verbandsorgan schreibt, waren die Maschinensetzer ob dieses Verlangens einfach verblüfft, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Darüber könnte man vielleicht noch reden, wenn man neue Maschinen hätte. Die meisten aber seien alt und abgenutzt, passende Ersatzteile seien überhaupt nicht oder sehr schwer aufzutreiben. Störungen, die unter normalen Umständen 10 Minuten in Anspruch nehmen, ziehen sich oft stundenlang hin. Mit Recht fragt Kollege Majski: „Auf Grund welcher Unterlagen wurde diese Norm ermittelt? Hat schon derjenige, der sie ermittelt hat, einmal ausprobiert, ob sie möglich ist? Wer hat die Zeit gemessen, wer die neue Norm geleistet? Man darf doch nicht die höchste, sondern die durchschnittliche Leistung, nicht die besten, sondern die mittelmäßigen Arbeitsbedingungen in Betracht ziehen.“

Über die Lohnverhältnisse schreibt noch der Gewährsmann des graphischen Verbandsorgan: „Die Maschinensetzer unserer Druckerei verdienen im Werksatz bei öfterem Formatwechsel durchschnittlich 160 bis 180 Rubel im Monat (in der ersten und zweiten Schicht 16 Kopeken pro 1000 Buchstaben, in der dritten 17½ Kopeken). Der Durchschnittslohn der Handsetzer wird damit um 18 bis 23 Proz. übertroffen. Diese Lohnverhältnisse sind hier als normal anzusprechen.“

Danach entpuppt sich der vielgerühmte sozialistische Wettbewerb als krasseste Ausnutzung der Arbeitskraft, als Gipfel der Antreiberei. Welcher Kollege in Deutschland möchte unter gleichen Verhältnissen arbeiten? Victor Kalinowski.

Betriebsrätewahlen 1930.

Die Arbeiterschaft rüstet allerorten zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen. Es ist an dieser Stelle schon des öfteren auf die Bedeutung der Betriebsräte für die Arbeiterschaft hingewiesen worden. Die Kollegenschaft hat alle Ursachen, den diesjährigen Betriebsratswahlen allergrößte Beachtung zu schenken. Die Zeiten wirtschaftlicher Depression verlangen mehr denn je erhöhte Aufmerksamkeit unserer Kollegenschaft. Leider machen sich die Folgen von Versäumnissen bei Betriebsratswahlen zu spät bemerkbar, so daß dann eine Revidierung nicht mehr möglich ist und der Schaden für die Kollegenschaft unabwendbar ist. Es geht der Ruf an jeden einzelnen Kollegen, aufklärend in seinen Kreisen zu wirken, damit die wichtigste Waffe der Arbeiterschaft, das Betriebsrätegesetz, zum Nutzen der Arbeiter angewandt werden kann.

Es darf als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, daß in allen graphischen Betrieben Betriebsräte gewählt werden. Bei der mannigfachen Zusammensetzung der Belegschaften in den Betrieben ist es erforderlich, daß möglichst jede einzelne Sparte im Betriebsrat vertreten ist. Wenn diese Forderung auch nicht zwingende Bedingung ist, so wird doch das Arbeiten innerhalb des Betriebsrates wesentlich erleichtert werden. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade in der jetzigen Zeit die Aufgaben für den Betriebsrat schwerer als sonst sind. Gerade diese Tatsache muß aber der Kollegenschaft Ansporn sein, eine möglichst weitgehende Wahrung der Interessen ihrer Mitarbeiter zu erreichen, indem sie bei den kommenden Betriebsratswahlen in objektiver Weise für gewerkschaftlich organisierte Kollegen Stimmung macht und nötigenfalls sich selbst in den Dienst der Sache stellt.

LITERATUR UND KUNST

Das Weißbrot des Lithographen.

Von Fritz Hansen (Berlin).

Der kleine Bäckerladen von Fräulein Martha Martin lag an der Ecke einer hübschen, alten Straße. Es war einer von den Bäckerläden mit drei Steinstufen vor der Tür und einer Glocke, deren Wohlklang nicht eher verstumte, als bis der Kunde im Laden stand. Fräulein Martha war 40 Jahre alt, wohlkonserviert. Sie hatte einige Tausend auf der Sparkasse, zwei falsche Schneidezähne und ein sehr empfindsames Herz.

In der letzten Zeit war ein neuer Kunde in den sauberen, kleinen Laden gekommen. Er kam zweimal, dreimal in der Woche. Für ihn interessierte sich Fräulein Martha. Es war ein Mann in mittleren Jahren, mit Brille und einem sorgfältig gepflegten braunen Bart. Er sprach deutsch mit stark englischem Akzent. Jedemal, wenn er kam kaufte er zwei alte Weißbrote, die waren um die Hälfte billiger als die frischen. Eines Tages entdeckte Fräulein Martha einen rötbraunen Farbfleck an einem seiner Finger und war sofort davon überzeugt, daß er Künstler wäre — ein armer Künstler in einer Dachkammer.

Wenn Fräulein Martha jetzt saß und ihre Biskuits mit Eingemachtem zum guten Nachmittags-tee aß, dann seufzte sie oft. Sie hatte Lust zu probieren, ob sie seinen Beruf richtig erraten hätte. In einem Papiergeschäft hatte sie ein „niedliches“ Bild gekauft, das hing sie im Laden auf, gleich über den Ladentisch. Es war aus Venedig, ein prächtiger, schimmernder Marmorpalast stand im Vordergrund.

„Bitte geben Sie mir zwei Weißbrote von gestern“, sagte der Kunde, als er das nächste Mal in den Laden kam. „Sie haben da ein schönes Bild“, setzte er mit einem Lächeln hinzu.

„Ja — nicht wahr!“, antwortete sie. „Ich liebe die Kunst, das sieht man auch an dem Bilde“.

„Da sind übrigens ein paar arge Fehler an den Boten, und die Perspektive ist sehr schlecht. Guten Morgen, Fräulein“.

Er nahm die Brote, verbeugte sich und ging.

Ihr Kunde kam wieder, aber niemals kaufte er Kuchen oder Wiener Brötchen, es schien ihr, als würde er magerer und magerer. Sie hatte die größte Lust, ihm etwas recht Leckeres in das Paket mit dem alten Brot zu packen. Aber sie wagte es nicht. Künstler sollen ja so stolz sein.

Eines Tages, als der Kunde wieder sein Geld auf den Tisch legte und die Brötchen verlangte, entstand plötzlich ein Aufruhr auf der Straße. Es war Feuer ausgebrochen. Die Wagen mit Feuerwehrleuten fuhren vorüber und die Spritze kam hinterher. Der Kunde ging zur Tür.

Da hatte Fräulein Martha eine gute Idee. Auf dem Brett unter dem Ladentisch stand ein Pfund Butter, frisch vom Butterhändler gekommen. Fräulein Martha machte einen tiefen Schnitt in das Weißbrot, füllte die Öffnung mit Butter, drückte das Brot wieder zusammen und packte es ein. Es entspann sich eine kleine gemütliche Unterhaltung und dann ging er.

Nach kurzer Zeit schrillte die Ladenglocke aus allen Kräften. Jemand kam herein. Welch ein Lärm war das! Sie stürzte hinaus. Da standen zwei Männer, der eine ein junger Bursche mit kurzer Pfeife im Mund, der andere war er. Er war sehr rot im Gesicht, der Hut saß ihm im Nacken. Die Haare sträubten sich nach allen Seiten. Er ballte die Faust, schüttelte sie gerade vor der Nase von Fräulein Martha, direkt vor ihrer Nase, und schimpfte. „Sie haben mich ruiniert“, schrie er, „Sie alle naseweise Katze“!

Fräulein Martha wankte und legte die Hände an die blaue Seidentaille. Der junge Mann suchte den anderen zu beruhigen und zog ihn zur Tür hinaus.

Bald danach kam er zurück und sagte: „Nun will ich Ihnen die Sache erklären. Der Herr heißt Blumberger und ist Lithograph. Wir arbeiten zusammen. Drei Monate hat er an einer Zeichnung gearbeitet. Das ist eine Preisaufgabe. Er war gestern fertig und hatte die letzten Striche mit Tusche auszuziehen. Sie wissen wohl, alles wird erst mit Blei gezeichnet und dann werden die Bleistriche mit alten Weißbrotkrumen ausgeradiert; das ist besser als Gummi. Blumberger hat ihre kleinen Weißbrote in der letzten Zeit gekauft und so — na ja, die Butter! Jetzt ist die ganze Zeichnung verdorben“.

Er verbeugte sich und ging hinaus. Fräulein Martha aber ging in die kleine Hinterstube. Sie zog ihre blaue Seidenbluse aus, legte sie sauber in die Schublade und nahm die alte Sergetaille wieder vor. Ihres Lebens kleiner Roman war aus.

Das Jahr 2000.

Bücher und Theaterstücke werden bereits geschrieben, die Propheten aus aller Herren Länder arbeiten fleißig an allen möglichen und unmöglichen Prophezeiungen und wir alle sind, irgendwie, an der fernen Zukunft interessiert, obwohl sie uns, den gegenwärtig Lebenden, vollkommen gleichgültig sein könnte.

Aber die Menschen arbeiten letzten Endes alle für die Zukunft.

Die großen Erfinder, die berühmten Gelehrten, sie, die in den Tagen und Nächten des kurzen Lebens an der Vervollkommnung alles Irdischen arbeiten, wissen, daß immer und immer wieder die Zukunft Erfüllung bringt.

Die letzten zehn Jahre habe speziell auf dem Gebiete der Technik derartige Fortschritte gezeigt, daß immer mehr Stimmen laut werden, die die Meinung vertreten, daß das nächste Jahrhundert den Endsieg der von Menschen erfundenen Maschine über den Menschen bringen wird. Schwarzscher vertreten die Ansicht, daß das Jahr 2000 von „dieser Welt“ überhaupt nicht mehr erlebt werden wird, da die nächsten fünfzig Jahre den Untergang der Welt bringen müssen. Begründet wird diese Prophezeiung damit, daß der allgemeinen Mechanisierung, der Eroberung der Luft, der vollständigen Ausnutzung der Elektrizität, der ver-

sen mußten, und die, um zu wissen, was in der Welt vorgehe, Zeitungen lasen. Genau so komisch, wie uns heute ein Krieg mit Schwertern und Schindern vorkommen würde, werden sie einen Kampf mit Maschinengewehren finden.

Oder aber, das Jahr 2000, auch diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, wird mit unseren „unsinnigen Erfindungen“ längst ausgeräumt haben.

So ist z. B. der irische Gelehrte Xankiz davon überzeugt, daß in hundert Jahren das Feigenblatt wieder als Kleidung dienen werde.

In Brötchen ertrunken.

Von Robert Peiper.

Eusebius Buschwind war ein großer Pedant. Und außerdem Junggeselle. Er war Alleinmieter einer Schlafstelle und nahm seine Mahlzeiten „außer dem Hause“. Geld trug er nie bei sich, denn er hatte keines. Aber er hatte eine „Einteilung“. An jedem Monatsersten bezahlte er pünktlich seine Miete und am gleichen Tage beim Bäcker 120 Brötchen (für jeden Tag vier), ging in sein kleines Café und in seine ebenso kleine Gastwirtschaft und beglich dort seine Abonnements. Er leistete auch pünktlich am Ersten eine Abzahlung an das Kaufhaus, von dem er alles bezog, vom Anzug bis zur Zahnpasta. Ins Theater ging er niemals, ins Kino jede Woche einmal. Die Karten bezahlte er im Voraus. Seine kleinste Ausgabe, für Pfeifentabak, machte ihm keine Sorge. Denn auch beim Zigarrenhändler erledigte er stets einen Betrag, der für seine Tabakmengen ausreichte. So lebte Eusebius Buschwind ein Dasein, das man sicherlich als „geregelt“ bezeichnen darf.

Doch eines Tages ging mit ihm etwas vor. Er kaufte eine — Zeitung. Er, der sich bisher begnügt hatte, die von seinen wohlwollenden Kollegen bereits gelesenen Zeitungen als Geschenk anzunehmen.

Die Sache mit der Zeitung sprach sich herum. Die einen meinten, er sei des Junggesellenlebens überdrüssig und suche eine Frau, die anderen, er werde durch Selbstmord enden, wenn er auf diesem Wege fortfahren würde, seinen „Etat“ zu überschreiten.

Alle hatten geglaubt, seine Lebensweise ganz genau zu kennen und doch blieb ihnen schließlich nichts anderes übrig, als sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, Eusebius habe ein Geheimnis.

Und er hatte eins. Im vergangenen Monat hatte er nur 80 Brötchen bestellt und bezahlt und für das ersparte Geld ein Los gekauft.

Und dieses Los wurde gezogen! Dieses Los war der Haupttreffer! Eusebius war Millionär!

Er saß auf seiner Schlafstelle und grübelte. Was sollte nun werden? Seine Augen funkelten, seine Hände zitterten, während er die bunten Scheine zählte, zählte . . .

Er ging in sein kleines Café, trank das abonnierte Kännchen, steckte seine Pfeife an und rechnete. . . .

Plötzlich gab es ihm einen Ruck. „Was für ein Glückskind bin ich doch“, sprach er zu sich, „ich habe ja heute Geburtstag“.

Nun begann sein Grübeln wieder. 40 Jahre war er alt. Da sein Vater mit achtzig, seine Mutter mit siebzig Jahren starb, rechnete er 75 Jahre alt zu werden, also noch 35 Jahre zu leben.

Er erschrak. 35 Jahre! Das ist eine lange Zeit. Die kostet viel Geld. Und er rechnete.

Am nächsten Morgen, es war der letzte des Monats, kündigte er fristlos seine Stellung.

Dann ging er auf Wohnungssuche — seine Schlafstelle hatte er aufgegeben — nahm eine geräumige Wohnung, kaufte alles Inventar und engagierte eine Wirtschafterin.

Diese hielt ihn natürlich für wahnsinnig, als er ihr — sie war 60 Jahre alt — für 35 Jahre den Lohn voranzahlte.

Er rechnete, daß er jetzt auch für diese Wirtschafterin täglich vier Brötchen haben müsse und gab in einer Brotfabrik den Auftrag, ihm die nächsten 35 Jahre täglich acht Brötchen zu liefern und bezahlte sofort 100864 Brötchen.

Beim Milch-, Gemüse- und Fleischhändler hatte er natürlich auch sehr große Summen zu bezahlen. Auch ein Zeitungsabonnement vergab er nicht, als er die Beträge für Anzüge, Mäntel, Schuhe, Wäsche, Krawatten und Haushaltsgegenstände beglichen hatte. Der Oberkellner eines großen Cafés lehnte die Inempfangnahme einer Vorauszahlung der Kännchen für 35 Jahre mit der Begründung ab, daß er demnächst seine Stellung wechsle. Doch Eusebius entgegnete

Februar

In diesem Monat, wie vor undenklichen Zeiten, der Erde dunkle Kräfte, Säfte sich bereiten zu neuem Wachstum und zu neuer Frucht: bald wird der Bauer hinterm Frühjahrspfluge schreiten vor weißen Wolken, die die Horizonte weiten, und wo sein Blut die warme Sonne sucht.

Der langen Winterdämmerungen bittere Klagen verstummen vor des Februars helleren Tagen, weil frühe sanfte Morgentöte voller Trost dem Menschen leichter hilft die Bürde tragen, weil mit der Sonne ihm ein neues Wagen durch seinen Blutstrom wellend-schwellend tost.

Februar! Kleiner Monat voll kindlichem Überschwang und schüchternen Fröhlichkeit — ein bunter Gang, den Menschen in den grauen Winter wehen: Februar! — Melodie heigenden Tags — idyllischer Klang, der sich dem Schweigen des Winters entrang, heimlich schon trächtig von künftigen Leben.

Kurt Offenburg

vollkommensten Erzeugung von Kriegsgeräten, die angeblich nicht mehr zu überbieten sind, dem Fernsprechen, Fernsehen, der Bildtelegraphie, kaum noch etwas folgen könne. Wenn in einigen Jahren das Fernsehen nur mehr ein Kinderspiel sein werde, verliere das Leben seinen Reiz, es werde keine Geheimnisse mehr geben, keine Illusionen, keine Spannung mehr im menschlichen Leben. Die Blinden werden alles, was sie nicht sehen können, hören, die Tauben alles was sie nicht hören können, sehen. (Das wäre das Unerfreulichste nicht.)

Ein Krieg in nächster Zukunft müßte, wenn er auch auf einem zehnmal kleineren Gelände als der Weltkrieg stattfänden würde, trotzdem zehnmal soviel Opfer fordern.

Die Regierenden des Jahres 2000 müßten Automaten sein und trotzdem bis heute erst einige Maschinenmenschen existieren, die überall durch ihre Unvollkommenheit enttäuschen, wird vorausgesagt, daß der Roboter der Arbeiter, der Angestellte der Zukunft sein wird.

In einer amerikanischen Zeitung zerbricht sich ein Journalist den Kopf, was die Millionen überflüssigen Menschen auf der Erde anfangen werden. Die Jahrhundertwende werde Hunger und Seuchen bringen, und auch er ahnt den Weltuntergang voraus, sieht nur eine Möglichkeit: Man müsse schon jetzt Neuland entdecken, brachliegende Länder erobern, Inseln erschließen.

„Die Menschen des Jahres 2000 aber werden in Wahrheit nur ein sagenhaftes Leben führen“.

Noch wahrscheinlicher allerdings werden sie über unsere Sorgen und über die gute, alte Zeit lachen, in der es noch Menschen gab, die telephonierten, die Briefe mit der Schreibmaschine schrieben, die Nägel mit einem Hammer einschlugen, die von Berlin nach Wien mit der Eisenbahn fuhren, die, um sich zu unterhalten, ihr Haus verlas-

ihm: „Dann folge ich Ihnen eben in Ihr neues Tätigkeitsfeld.“

Als er auch Sarg und Aufbahrung vorausbezahlt hatte, stellte er fest, daß ihm noch sehr viel Geld übrig geblieben sei.

Da fiel ihm ein, daß er gar nicht an die Möglichkeit gedacht hatte, sich zu verheiraten. Wer konnte es wissen, vielleicht fand er doch eine Frau? In den nächsten fünf Jahren wollte er noch allein sein. Aber mit 45 Jahren wollte er es doch versuchen. . . .

Wieder begann er zu zählen und zu rechnen. Dann ging er in alle Geschäfte und zahlte nach. Denn er wollte alles „eingeteilt“ wissen: also nach fünf Jahren weitere 4 Brötchen täglich mehr usw. Auch ein Damenmodegeschäft erhielt von ihm große Aufträge.

Eusebius bestellte also Damenschuhe Nr. 34, denn da er selbst klein war, mußte seine Frau noch kleiner sein, und ließ im Modehaus nach der Figur einer Vorführerin die Garderobe seiner Gattin in spe vorbereiten.

Die letzten 80 000 Mark verwendete er für den Kauf des „Brautschmuckes“. Die Lieferzeiten waren vereinbart. Eusebius Buschwind konnte wieder ruhig schlafen, — er hatte kein Geld mehr.

Die fünf Jahre — bis zur geplanten Hochzeit vergingen rasch und eintönig. Nur die Wirtschafterin starb, der er für 35jährige treue Dienste den Lohn vorausgezahlt hatte. Er „wirtschaftete“ wieder selbst, denn keine Frau wollte ihn, hatte er doch weder Geld noch ein Einkommen. Die hartgewordenen Brötchen häuften sich. 12 Stück erhielt er täglich und nur vier ab er. Die Schränke waren angefüllt mit Kleidern, Damenwäsche, Schuhen; Kannen mit sauer gewordener Milch verpesteten die Luft.

Als Eusebius Buschwind starb — er hatte sich verrechnet — er wurde achtzig Jahre alt, war auch sein Häuschen nichts anderes, als ein Magazin für verdorbene Lebensmittel und unmoderne Damengarderobe.

Die Lebensmittel vermachte er testamentarisch dem zoologischen Garten, die Damengarderobe dem kleinen Girl einer großen Revue, das er in seinem 79. Lebensjahre kennen gelernt hatte.

Das Girl hat heute einen Laden für alte Kleider.

- 7. Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie. (Berichterstatter Arvid Thorberg.)
- 8. Erledigung der eingebrachten Anträge.
- 9. Wahlen.
- 10. Bestimmung des Ortes des nächsten Kongresses.

Die Arbeitslosenversicherung als Organ der Wirtschaft.

Daß die Arbeitslosenversicherung eine ganz andere Aufgabe hat wie die übrigen Versicherungsträger und mit diesen rein versicherungstechnisch nicht verglichen werden darf, liegt auf der Hand. Bei dieser handelt es sich darum, das wichtigste Gut einer nationalen Volkswirtschaft, die Arbeitskraft, zu erhalten. In der Vossischen Zeitung vom 9. Februar hat der bekannte Schriftsteller Georg Bernhard zu diesem Problem bemerkenswerte Feststellungen gemacht. Er schreibt u. a.: „Der Tüchtigkeit seiner schaffenden Menschenkräfte — der Unternehmer und der Arbeiter — verdankt Deutschlands Wirtschaft sein Vordringen auf den Weltmärkten bis zum Ausbruch des Krieges. Und auf der Tüchtigkeit und Brauchbarkeit seiner Menschenkräfte beruht noch mehr die Möglichkeit des Wiederaufbaues einer neu-deutschen Nachkriegswirtschaft. Mit ausgemergelten Menschen sind keine modernen Maschinen zu betreiben. Und je komplizierter die Maschinen werden, desto mehr kommt es auf die Qualität der Menschen an, die an ihnen arbeiten. Und deshalb muß der Unternehmer, genau so wie er für die Reparatur seiner Maschinen und für ihre Auswechslung bestimmte Summen vom Ertrag in Reserve stellt, sich zu seinen natürlichen Unkosten auch Ausgaben für die Regeneration des Menschenmaterials rechnen. So weit es sich um solche Ausgaben unter dem Etikett Sozialpolitik handelt, gehören diese Ausgaben ins Kapitel der Menschenökonomie, die einen ganz wesentlichen Bestandteil der modernen kapitalistischen Privatwirtschaft bildet.“

Diesen Ausführungen kann man vollinhaltlich zustimmen. Man begegnet allen möglichen Einwendungen, nur nicht der Feststellung, daß diese Art Menschenökonomie zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Im Grunde handelt es sich um keine sozialpolitische, sondern um eine wirtschaftliche Frage von höchster Bedeutung.

Aufteilung der Weltabsatzmärkte durch die Kunstseidenindustrie.

Die Kunstseidenindustrie ist diejenige, die international ziemlich gleichmäßig gegliedert ist. Alle Produzentländer sind durch Abmachungen irgend welcher Art verbunden. Nunmehr soll eine weitere gesteckte Verständigung erfolgen. Die geplante internationale Kunstseidenverständigung soll die ganze Welt umfassen. Die amerikanischen Kunstseidenzeuger stehen einer internationalen Verständigung über den amerikanischen Markt freundlich gegenüber. Voraussetzung hierfür ist, daß das Einfuhrkontingent von 1929 nicht überschritten wird. Es soll ein dreigliedriges Komitee gebildet werden, bestehend aus einem Deutschen,

einem Franzosen und einem Engländer. Die Arbeiten dieses Komitees werden auf Grundlage der Kunstseidenverkäufe der einzelnen Länder in den Jahren 1928 und 1929 basieren. Außerdem wird die Zahl der 1929 im Betrieb gewesen und der stillgelegten Spinnereien ermittelt werden, um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder und Fabriken festzustellen. Über den chinesischen Markt soll mit den Japanern eine Verständigung herbeigeführt werden. — Das ist in kurzem der Plan zur Aufteilung der Weltabsatzmärkte. Hoffentlich führen diese Vereinbarungen nicht dazu, daß den breiten Massen durch Preissteigerungen der Kauf der Kunstseidenerzeugnisse verleidet wird.

Millionenstädte.

27 Städte der Erde haben über eine Million Einwohner, zusammen 58,5 Millionen. Wer nicht weiß, wo die eine oder andere der genannten Städte liegen, nehme seinen Atlas zur Hand!

London	7,6 Mill.
Newyork	7,4 Mill.
Berlin	4,2 Mill.
(Berlin hat mit 878 qkm die größte Ausdehnung von allen und die geringste Kindersterblichkeit.)	
Paris	3,9 Mill.
(Größte Kindersterblichkeit wegen größter Wohndichte.)	
Chikago	3,2 Mill.
Tokio (Japan)	2,4 Mill.
Osaka (Japan)	2,1 Mill.
Philadelphia	2,1 Mill.
(Längste Stadt, 40 km, fast lauter Eintamlienhäuser.)	
Wien	1,9 Mill.
Buenos Aires (Argentinien)	1,9 Mill.
Moskau (527 Kirchen!)	1,8 Mill.
Hankau (China)	1,7 Mill.
Peking (China)	1,6 Mill.
Kalkuta (Indien)	1,6 Mill.
Bombay (Indien)	1,4 Mill.
Konstantinopel	1,3 Mill.
Rio de Janeiro (Brasilien)	1,3 Mill.

Die anderen sind: Detroit, Los Angeles, Glasgow, Birmingham, Kanton, Hamburg, Leningrad, Budapest, Warschau, Sidney (Australien).

Rundschau.

Tagesordnung des vom 7. bis 11. Juli in Stockholm anberaumten 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses.

- 1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden und Begrüßungsansprachen.
- 2. Wahl der Mandatprüfungskommission und anderer Kommissionen.
- 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Revisoren. (Berichterstatter Joh. Sassenbach.)
- 4. Das Wirtschaftsprogramm des I.G.B. (Berichterstatter Theodor Leipart.)
- 5. Das sozialpolitische Programm des I.G.B. (Berichterstatter Cornelius Mertens.)
- 6. Abrüstung und Friedenspakt. (Berichterstatter Léon Jouhaux.)

Inhaltsübersicht.

Hauptteil: Steuernot. / Zweck und Ziel der Arbeiterbewegung. / Der Stahltrust unter neuer Herrschaft. / Die deutsche Industrie flieht nach dem Auslande. / Die neuen Agrarzölle in Kraft. — Die „Grüne Front“ fordert weiter.
Recht und Gesetz: Der Erholungsurlaub nach der neuesten Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts. / Neue Belastung der Krankenkassen. 5-Tagewoche im Baugewerbe in den Vereinigten Staaten.
Verband und Beruf: Reklame für Reklame. / Sozialistische Wettbewerbe in Rußland. / Betriebsrätewahlen 1930.
Literatur und Kunst: Das Weißbrot des Lithographen. / Das Jahr 2000. / Februar. / In Brötchen ertrunken.
Rundschau. / Anzeigen.

Hochwertige Klischees

erzielen Sie bei Verwendung der

Elektronätzplatte 28.

Verlangen Sie kostenfrei unsere Werbeschrift.

Pyrophor-Metallgesellschaft, Akt. Ges. Werden/Ruhr

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist: Druckpaste „Nürwa“ und Trockenmittel „Mallouin“ (bel-tral)

Sei Jahren vorzüglich bewährt.
KARLA WAGNER, Chemische Produkte, Grimnitzschau i. Sa., Schieferstraße 4.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P. Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck. Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Mor. 12289

Sprachbuch gratis

betitelt: „Die psychotechnische Sprachmethode“ (431. Auflage). Es wird an Hand von Beispielen gezeigt, wie der Vokabelschatz einer fremden Sprache ohne Auswendiglernen erworben und das Studium der Grammatik durch Psycho-Automatisierung ersetzt werden kann. Wer schnell und mühelos in vollendeter Geläufigkeit Englisch, Französisch usw. meistern möchte, erhält das aktuelle und lehrreiche Buch umsonst und portofrei übersandt vom: Verlag für zeitgem. Sprachmethodik, München C 45, Bavariaring 10. Es genügt Angabe von Adresse und der Sprache, für die man sich in erster Linie interessiert.

Für Graphiker!

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:
Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Beziehungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschchnittes — Strichätzungen — Autotypen — Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Praktische Maßangaben. — Die Wirkung illustrierter Inserate — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Fotolitho-Retusche. — Farbenklischees. — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3.— RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditzer-Löbzig, Auguststraße 8

FILIALEN
BOCHUM
BREMEN
BRESLAU
DRESDEN
FRANKFURT a. M.
HAMBURG

SPART

BEI DER

**BANK
DER ARBEITER
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN,**

BERLIN 514, WALLSTRASSE 65



HAANNOVER
MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN